

tionalen Symposiums einbringen können, das zusammen mit den Befreiungsbewegungen ANC (Südafrika), SWAPO (Namibia) und POLISARIO (West-Sahara) unter dem Titel ›Bildung zur Befreiung‹ (Education for Liberation) vom 24. bis 27. April 1984 im Übersee-Museum Bremen stattgefunden hat. Das Symposium war bewußt so breit angelegt worden, weil gerade die Erfahrung in der Arbeit des Projektes ›Politische Landeskunde Namibias‹ gezeigt hat, wie sehr ein übergreifender Erfahrungsaustausch zwischen entsprechend gelagerten Feldern (Erziehung in den Lagern der südafrikanischen Flüchtlinge, Erziehung in den Lagern der Sahrauis) nützlich ist. Neben Bildungspolitikern und Erziehungspraktikern der drei Befreiungsbewegungen nahmen an dem Symposium zahlreiche Erziehungswissenschaftler aus der Bundesrepublik Deutschland teil, so Professor Goldschmidt vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin und Professor Dias vom Lehrstuhl Pädagogik für die Dritte Welt der Universität Frankfurt. Die Anwesenheit politischer Repräsentanten unterstrich die Bedeutung des Symposiums: der Botschafter Äthiopiens in der Bundesrepublik Deutschland für die Organisation der Afrikanischen Einheit, ein Vertreter der Kommission der Europäischen Gemeinschaften sowie ein Abgeordneter des Europäischen Parlaments. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat das Symposium maßgeblich unterstützt.

Nach zwei breit angelegten Podiumsdiskussionen, die die übergreifende Thematik ›Bildung zur Befreiung‹ aus verschiedenen Perspektiven behandelten, wurde in zwei Arbeitsgruppen eine Fülle der praxisrelevanten Einzelprobleme behandelt und im Hinblick auf die Fortsetzung der Arbeit diskutiert.

III. Das Projekt ›Politische Landeskunde Namibia‹ hat in der Zwischenzeit die Arbeit in einer zweiten Phase aufgenommen. Dies war möglich, nachdem insbesondere neben ›terre des hommes‹ und dem Bremer Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit beim Senator für Wirtschaft und Außenhandel die EG-Kommission einen erheblichen Teil der Projektkosten übernommen hatte. Inhaltlich wird es darum gehen, am Ergebnis der ersten Phase des Projekts anzusetzen: Das wiederum für ›hier‹ wie ›dort‹ zu gestaltende Projektergebnis wird sich auf die Altersstufen beziehen, die auf die Zielgruppen von ›Our Namibia‹ und ›Lernbuch Namibia‹ folgen.

Manfred O. Hinz □

## Verschiedenes

### Senegal-Projekt: Partnerschaften des DGVN-Landesverbandes Berlin mit drei Dörfern am Rande des Sahel — Neue Form entwicklungspolitischer Öffentlichkeitsarbeit (40)

Seit vier Jahren unterstützt der Landesverband Berlin der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen drei Dörfer in der Diourbel-Region des Senegal, rund 200 km westlich von Dakar am Rande der Sahelzone, durch Spendenmittel zur Unterstützung der Schulen, der Frauengruppen und Krankenstationen. Während der Osterferien werden regelmäßig Studienfahrten mit acht bis zwölf Teilnehmern, zumeist Lehrern, veranstaltet: Ein intensives Seminarprogramm in

Dakar wird kombiniert mit einem rund einwöchigen Aufenthalt in den Dörfern. Vor der Studienfahrt werden Wochenendseminare durchgeführt, auf denen unter anderem die Aufgaben und die Struktur des Systems der Vereinten Nationen — vor allem im entwicklungspolitischen Bereich — erläutert werden. Nach den Studienreisen arbeiten die Teilnehmer in verschiedenen Arbeitskreisen mit, um in Berliner Schulen und in der allgemeinen Öffentlichkeit für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit zu werben. — Dies ist, kurzgefaßt, die Beschreibung des *Senegal-Projekts* des Landesverbandes Berlin. Es wird übrigens in Zusammenarbeit mit der senegalesischen Schwesterngesellschaft, der ›Association Sénégalaise pour les Nations Unies‹, durchgeführt. Nachfolgend bilanziert einer der Initiatoren des Projekts die bisherigen Erfahrungen.

### *Herkömmliche Austauschprogramme und heutige Erfordernisse*

Ist dies nun ein traditionelles (und darüber hinaus kleines) Projekt entlang den ausgeprägten Pfaden der politischen Erwachsenenbildung?

Ja, es ist ›traditionell‹ insofern, als wir glauben (und aus eigener Erfahrung wissen), daß persönliche Erfahrungen und Erlebnisse, Bekanntschaften und Freundschaften mit Menschen aus ›fremden‹, womöglich gar ›feindlichen‹ Ländern und Kulturen uns helfen können, die ›anderen‹ mit mehr Verständnis und Mitgefühl und uns selbst mit größerer Distanz und Selbstkritik zu sehen. Zu Recht gründeten alle großen internationalen Austausch- und Begegnungsprogramme der vergangenen Jahrzehnte auf diesen Überlegungen — die großen, auch staatlich geförderten Programme zwischen der Bundesrepublik Deutschland und westlichen Partnerländern (vor allem mit den Vereinigten Staaten und Frankreich) und die vor allem von kirchlichen Kreisen und linksorientierten politischen Kräften geförderten Kontakte zwischen der Bundesrepublik Deutschland und ›sozialistischen‹ Ländern. Doch diese richtigen und progressiven Ideen der fünfziger und sechziger Jahre sind inzwischen leider zur Orthodoxie geworden. Zu einer Orthodoxie, die die Verallgemeinerung und Ausdehnung der Idee von internationalen Kontakten auf Länder der Dritten Welt noch immer zu einem Exotikum macht (wenn man einmal von Eliten-Kontakten und Getto-Tourismus absieht). Es gibt so gut wie keine Städtepartnerschaften zwischen Städten der Bundesrepublik Deutschland und solchen der Dritten Welt; die öffentliche Förderung des Jugendaustauschs allein zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich sowie den USA ist rund fünfzigmal größer als die zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der gesamten Dritten Welt. So wird ein ›traditionelles‹ Projekt wie das unseres Landesverbandes in gewisser Weise zu einem ›revolutionären‹ Unikum — so ungewöhnlich, daß die (verbale) Unterstützung des Berliner Senators für Schulwesen ganz vorsichtig und zurückhaltend ist, daß Berliner Schulleiter sich gelegentlich vergewissern müssen, ob Senegal nicht womöglich in Mittelamerika liegt oder wir ›Waffen für den Vietcong‹ sammeln . . .

Dies sind — verkürzt und überspitzt — einige der Probleme, denen wir uns gegen-

übersehen, wenn wir das Projekt der allgemeinen Öffentlichkeit und ihren politischen Repräsentanten vorstellen. Gleichzeitig ist damit eine Stoßrichtung unserer entwicklungspolitischen Öffentlichkeitsarbeit charakterisiert. Wir bemühen uns, auf kommunalpolitischer Ebene die Idee und die praktische Möglichkeit von (Städte-)Partnerschaften oder zumindest von Freundschaftsbeziehungen mit Kommunen der Dritten Welt ins Gespräch zu bringen. Die Reaktionen auf derartige Vorschläge sind bisher Überraschung, freundliches Interesse und große Unsicherheit. Ob und wann dies zu konkreten kommunalpolitischen Maßnahmen führt, ist gegenwärtig völlig offen (und hängt natürlich nicht nur von uns ab). Kurz- und mittelfristig ist für uns aber schon die passive wohlwollende Unterstützung und Duldung kommunaler Stellen nützlich, um die zweite — und für absehbare Zeit wohl wichtigste — Stoßrichtung des Projekts auszubauen: die entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit mit Lehrern und an Schulen.

### *Abstraktes und Konkretes*

Zunächst einmal muß festgehalten werden, daß man heutzutage auf einer abstrakten Schul- und Unterrichtsebene speziell bei den 30- bis 50jährigen Lehrern mit der Dritte-Welt-Problematik offene Türen einrennt. Nicht das Ob und Warum, sondern das Wie ist ein unterrichtspraktisches Problem (gegenüber den Schülern) und gelegentlich auch ein politisch-ideologischer Konflikt (gegenüber Teilen der Eltern, Kollegen und Vorgesetzten). Unser Projekt zielt daher darauf, zunächst einmal den teilnehmenden Lehrern ein motivierendes Praxiserlebnis zu vermitteln, ihre Vorkenntnisse über Unterentwicklung, über Sinn und Zweck von Entwicklungshilfe, über deren Widersprüche und Fehlschläge in Ausschnitten erlebbar zu machen, ihnen beispielhaft zu verdeutlichen, was die realen Entsprechungen ihrer abstrakten Statistiken und globalen Zusammenfassungen sind: 55 Grad Mittagstemperatur, zunehmende Ausbreitung der Wüste als Folge von Monokultur und raschem Bevölkerungswachstum, mangelhafte Versorgung mit (Trink-)Wasser schlechter Qualität, Wiederaufforstungsbemühungen und Alphabetisierungskampagnen, Probleme der Lebensmittelversorgung und Krankenstationenausstattung, die viel zu beschränkte UNICEF-Hilfe und das Zurückschrauben der UNDP-Programme, aber auch die Fragen der senegalesischen Dorfschüler nach den jüngsten Erfolgen in der bundesdeutschen Fußball-Bundesliga bilden für die Lehrer ein breites Kaleidoskop von Erlebnissen und Erfahrungen.

Ihre Übersetzung und Vermittlung in den Unterricht an der Grundschule, der Haupt- und Realschule, dem Gymnasium, für den Fremdsprachenunterricht, Geschichte oder Politische Weltkunde sind notwendigerweise sehr verschieden. Umsetzung in den Unterricht heißt also nicht unbedingt, neue druckreife Unterrichtsmaterialien zu entwickeln — eine Gruppe von Lehrern beteiligt sich gegenwärtig an der Umarbeitung englischsprachiger UNICEF-Materialien für die Grundschule, sondern kann sich durchaus darauf beschränken, mit den üblichen Hilfsmitteln plus eigenen Dias und persönlichen Erlebnissen Unterricht zu machen. Lehrer — und noch

mehr: Schüler — brauchen diese Mischung aus Abstraktem und Konkretem, um mit Interesse und Motivation zu lernen und zu lernen. Daneben bietet sich natürlich die Chance, »außercurriculare« Veranstaltungen und Aktivitäten (Schulfeste, Arbeitsgruppen) zu nutzen, um Eindrücke mitzuteilen, das Engagement zu vertiefen und ... Spendengelder zu sammeln.

#### *Erfahrung und Selbstkritik*

Gleichwohl müssen an dieser Stelle auch einige typische Schwierigkeiten und Grenzen angesprochen werden: Unser Senegal-Projekt — bzw. die Gruppendynamik unter den Mitarbeitern und Interessierten — ist ständig der Gefahr ausgesetzt, überfrachtet und überladen zu werden mit (berechtigter und unberechtigter) Grundsatzkritik an der Entwicklungspolitik überhaupt und mit überzogenen Hoffnungen (und Selbstansprüchen) bezüglich der Auswirkungen in den Dörfern selbst. Hier die Scylla des entwicklungspolitischen Weltschmerzes und der anti-imperialistischen Selbstkritik, dort die Charybdis der Selbstüberschätzung, mit dem »eigenen Dorfprojekt« keine Fehler zu machen und Entwicklung sichtbar vorantreiben zu können — und dazwischen die Schlucht des Eingeständnisses der eigenen Ohnmacht. Hinzu kommen vielerlei kleine praktische Schwierigkeiten und Enttäuschungen auf der organisatorischen Ebene der Etablierung und des Aufrechterhaltens von Kontakten mit den

Kollegen unserer Schwestergesellschaft in Dakar und mit den Dorfrepräsentanten und der lokalen Verwaltung in der Region. Diese Schwierigkeiten sind mit Sicherheit nicht begrenzt auf unser Senegal-Projekt, sondern dürften typisch sein für alle ähnlichen Versuche, so etwas wie Schul- oder Dorfpartnerschaften mit und in der Dritten Welt aufzubauen. Praktisch ziehen wir daraus den Schluß, interessierte Lehrer und Schulen auf die enormen psychischen und organisatorischen Schwierigkeiten und Probleme solcher Bemühungen aufmerksam zu machen. Die (in der Regel wenigen) Kollegen einer einzelnen Schule dürften — nur auf sich gestellt — völlig überfordert sein, derartige Partnerschaftsprojekte zu realisieren. Sachkundige Hilfe und Förderung kann von der Schulverwaltung (noch lange) nicht erwartet werden; Organisationen wie Deutsche Welthungerhilfe, UNICEF-Komitee, UNESCO-Kommission, Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung sind ebenfalls überfordert: Ihr traditionelles Selbstverständnis schließt diese Art von internationaler Bildungs- und Begegnungsarbeit bisher aus. Und auch unser Versuch ist natürlich nur der sprichwörtliche Tropfen auf den heißen Stein. Auch unsere Bemühungen sind begrenzt und beschränkt durch die viel zu kleine personelle und finanzielle Infrastruktur des Landesverbandes Berlin (die Öffentlichkeitsarbeit des Projekts wird gegenwärtig durch einen Zuschuß der Klassenlotterie gefördert; Reisekosten wurden von den Teilnehmern

selbst finanziert; die Organisation beruht auf ehrenamtlicher Arbeit).

Zum Abschluß noch einige Anmerkungen zum Volumen und zum Sinn unserer Spendensammlungen. Wir haben bisher jährlich zwischen 2 000,- und 3 000,- DM gesammelt — selbst wenn die Summe einmal auf das Zehnfache anwüchse, brauchte man darüber »entwicklungspolitisch« im Grunde genommen kein Wort zu verlieren (und weder das UNICEF-Komitee noch die Welthungerhilfe haben Konkurrenz zu befürchten). Gleichzeitig muß jedoch festgehalten werden, daß einige hundert Mark pro Jahr und Dorf deutlich mehr als nur von symbolischer Bedeutung sind in einer Situation, wo schon in normalen Zeiten die dörfliche Kostenbeteiligung an der Versorgung der Schüler mit Heften und Bleistiften, Kreide und Schiefertafeln, an der Finanzierung der Aktivitäten der Frauengruppen, an der Beschaffung von Anti-Malaria-Medikamenten kaum möglich ist; eine dörfliche Kostenbeteiligung, die vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Dürre praktisch zusammengebrochen ist.

Selbstkritisch müssen wir wohl feststellen: Das Senegal-Projekt ist — zumindest bisher — kein Entwicklungshilfeprojekt, es sei denn, man versteht darunter den Versuch, »neue« Formen der entwicklungspolitischen Öffentlichkeitsarbeit »bei uns« zu erproben. Aber auch diese bescheidene Selbstdefinition bezeichnet eine schwierige, manchmal kaum lösbare Aufgabe.

Jens Naumann □

## Dokumente der Vereinten Nationen

### Südafrika, Indischer Ozean, Ärmste Länder, Arbeitsemigranten

#### Südafrika

**SICHERHEITSRAT** — Gegenstand: Nichtigkeitserklärung der sogenannten »neuen Verfassung« und der »Wahlen« des August 1984 in Südafrika. — Resolution 554(1984) vom 17. August 1984

Der Sicherheitsrat,

- unter Hinweis auf die Resolution 473(1980) des Sicherheitsrats vom 13. Juni 1980 und die Resolution 38/11 der Generalversammlung vom 15. November 1983 sowie auf andere einschlägige Resolutionen der Vereinten Nationen, in denen die Behörden in Südafrika aufgefordert werden, die Apartheidpolitik aufzugeben, ihre Unterdrückung und Repression der schwarzen Mehrheit zu beenden und sich um eine friedliche, gerechte und dauerhafte Lösung im Einklang mit den Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zu bemühen,
- in der Überzeugung, daß die von der ausschließlich weißen Wählerschaft Südafrikas am 2. November 1983 gebilligte sogenannte »neue Verfassung« eine Fortsetzung des Prozesses wäre, durch den der einheimischen afrikanischen Mehrheit die Staatsangehörigkeit genommen werden soll, wodurch also diese Mehrheit aller ihrer Grundrechte beraubt, die Apartheid noch weiter verfestigt und Südafrika in ein Land »nur für Weiße« verwandelt würde,

- im Bewußtsein dessen, daß die Einbeziehung der sogenannten »Farbigen« und der Menschen asiatischer Herkunft in die »neue Verfassung« die Einheit des unterdrückten Volkes von Südafrika sprengen und interne Konflikte schüren soll,
- mit ernster Besorgnis feststellend, daß eines der Ziele der sogenannten »Verfassung« des rassistischen Regimes darin besteht, die in Südafrika lebenden »Farbigen« und Menschen asiatischer Herkunft zur Fortsetzung der Unterdrückung im Lande selbst und der gegen unabhängige afrikanische Staaten gerichteten aggressiven Akte der Wehrpflicht in den Streitkräften des Apartheidregimes zu unterwerfen,
- unter Begrüßung des massiven geeinten Widerstandes des unterdrückten Volkes von Südafrika gegen diese »verfassungsrechtlichen« Machenschaften,
- in Bekräftigung des rechtmäßigen Kampfes des unterdrückten Volkes von Südafrika um die Beseitigung der Apartheid und die Errichtung einer Gesellschaft, in der die gesamte Bevölkerung Südafrikas — unabhängig von Rasse, Hautfarbe, Geschlecht oder Glaubensbekenntnis — gleiche und volle politische und sonstige Rechte genießt und frei an der Bestimmung ihrer Geschicke mitwirken kann,
- in der festen Überzeugung, daß die vom Regime von Pretoria für August 1984 geplanten sogenannten »Wahlen« für die »farbige« Bevölkerung und die Menschen

asiatischer Herkunft und die Verwirklichung dieser »neuen Verfassung« unweigerlich die in Südafrika und im gesamten Südlichen Afrika bereits bestehenden Spannungen noch weiter verschärfen werden,

1. erklärt, daß die sogenannte »neue Verfassung« den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen zuwiderläuft, daß die Ergebnisse des am 2. November 1983 durchgeführten Referendums keinerlei Gültigkeit besitzen und daß die Durchsetzung der »neuen Verfassung« die ohnehin explosive Situation im Innern des Apartheidstaates Südafrika noch weiter zuspitzen wird;
2. weist die sogenannte »neue Verfassung« und die für August 1984 geplanten »Wahlen« für die »farbige« Bevölkerung und die Menschen asiatischer Herkunft wie auch alle heimtückischen Machenschaften des rassistischen Minderheitsregimes Südafrikas zur weiteren Verfestigung der weißen Minderheits Herrschaft und der Apartheid aufs schärfste zurück und erklärt sie für null und nichtig;
3. weist ferner jede auf der Schaffung von Bantustans oder auf der sogenannten »neuen Verfassung« aufbauende sogenannte »Verhandlungsregelung« zurück;
4. erklärt feierlich, daß nur die völlige Ausmerzung der Apartheid und die Errichtung einer auf dem Mehrheitsprinzip basierenden nicht-rassistischen demokratischen Gesellschaft durch die uneingeschränkte und freie Ausübung des allgemeinen Wahlrechts für alle Erwachsene